

Anzinger Post

Zeitung des SPD-Ortsvereins

01/11



Im Blickpunkt:

Viele EU-Länder haben sich vor drei Jahren hoch verschuldet, um ihre Banken zu retten. Diese Rettung schien alternativlos, da viele Institute als „systemrelevant“ galten. Die Steuerzahler mussten für die Banken herhalten. Die enorme Verschuldung der EU-Staaten ist nicht Ursache, sondern Folge der Finanzkrise.

Bürgschaftsschirme oder der Schuldenschnitt für Griechenland können aber nur die ersten Schritte bei der Bekämpfung der Eurokrise sein, denn der Zerfall der Eurozone wäre für die gesamte europäische Wirtschaft verheerend. Es gibt nur eine Lösung: Das Übel muss endlich an der Wurzel gepackt werden.

1. Wir brauchen eine andere Architektur der Wirtschaftspolitik in der Eurozone. Bis heute hat die gemeinsame Währung einen gravierenden Konstruktionsfehler. Ihr fehlt das gemeinsame Fundament, d.h. eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik.
2. Das Kerngeschäft der Banken – Ersparnis einsammeln und Kredite vergeben – muss vom spekulativen Geschäft getrennt werden. Die großen Banken dürfen nicht länger die Macht haben, den Staat in Geiselschaft zu nehmen.
3. Finanzprodukte, die keinen Nutzen haben, müssen durch einen Finanz-TÜV verboten werden. Und: Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, um das Spekulationskarussell zu entschleunigen.
4. Wir brauchen eine europäische Strategie für qualitatives Wachstum und Beschäftigung, eine Strategie, die einen europäischen Marshallplan für die Länder Südeuropas verbindet mit einer Ankurbelung des Binnenmarkts in den Überschussländern.

Ernst Caspersen

Besinnliches zu Weihnachten

Dass Weihnachten vor der Tür steht, merkt man nicht nur daran, dass spätestens im November die Geschäfte die üblichen Artikel zum Fest anbieten. Auch an das Gewissen der Bürger wird appelliert, es liegen die jährlichen Spendenbitten im Briefkasten.

Mag uns auch diese Post oft lästig sein, so zeigt sich doch, dass ganz offensichtlich nicht alles in unserer Wohlstandsgesellschaft so rund läuft, wie wir uns das vielleicht wünschen. Die Wohlfahrtsverbände sind Teil des Reparaturbetriebs in unserem System. Das ist zwar leider notwendig, sollte uns aber nicht davon abbringen, die Ursachen dieses Versagens zu sehen und dagegen anzugehen.

Das Leitbild eines Arbeitsverhältnisses soll dadurch bestimmt sein, dass ein Arbeitnehmer auf Dauer mit einem regulären Arbeitsvertrag beschäftigt ist. Das ist leider nicht so. Viele, auch junge Menschen, befinden sich zunächst in der Praktikumschlange, dann im befristeten Arbeitsverhältnis, schließlich in dem Scheinselbstständigkeit oder Leiharbeit.

Das geht dann auch noch oft damit einher, dass Löhne bezahlt werden, die besonders im Großraum München zum Leben nicht reichen. Die Forderung nach Mindestlöhnen, oder wie von einigen Politikern jetzt Lohnuntergrenzen genannt, verwundert daher nicht. Seit Jahren setzt sich auch die Evangelische Kirche Deutsch-

lands für Löhne ein, die zum Leben reichen.

Eine Art von Arbeitsverhältnissen ist aber seltsamerweise fast nie im Blickfeld der Öffentlichkeit: der Minijob auf 400,- Euro-Basis. Der Minijob mag zwar im Einzelfall sinnvoll sein, im Allgemeinen ist er aber in jeder Hinsicht schädlich. Der neue Gleichstellungsbericht der Bundesregierung kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere Frauen in den 400,-Euro-Jobs feststecken, obwohl sie mehr arbeiten wollen. Ihnen droht, beruf-



liche Kompetenz zu verlieren. Im Falle von Lebenskrisen, z. B. einer Scheidung, wirkt sich das besonders negativ aus. Die Minijobs werden daher auch vom Ifo-Institut, dem Sachverständigenrat der Bundesregierung, der Hans-

Aus der Gemeinde:

Böckler-Stiftung, der Bertelsmannstiftung, dem Deutschen Juristentag u.a. äußerst kritisch gesehen.

Die Minijobs dienen in erster Linie den Unternehmen, da sie die Arbeitswelt flexibilisieren und Lohn- und Druck erzeugen. Den Arbeitnehmern bringen sie nur den Scheinvorteil eines Verdienstes ohne Steuern und Sozialversicherungsabgaben. Die Nachteile sind aber massiv:

- Viele Minijobber kommen auf keinen Verdienst, der zum Leben reicht. Sie sind als sogenannte Aufstocker auf Hartz IV angewiesen.
- Da Minijobber nicht ausreichend in die Rentenversicherung einzahlen, droht ihnen die Altersarmut, wie dies auch der neue Sozialbericht der bayerischen Sozialministerin Christine Haderthauer aufzeigt. In Bayern sind von den über 65-jährigen 405.000 Menschen armutsgefährdet. Das zeigt sich auch an der Ebersberger Tafel, die viele Menschen im Rentenalter versorgt.
- Um die Aufstocker und die in Altersarmut gefallenen Menschen aufzufangen, muss der Staat einspringen. Und der Staat sind wir, wir zahlen für dieses Arbeitsmodell über die Steuer oder die Sozialversicherungsbeiträge.

Deshalb: die Minijobs abschaffen. Keine Sorge, die jetzigen Minijobber werden auch in diesem Falle noch Arbeit haben, denn irgendwer muss die Arbeit ja machen. Sie werden dann eben in regulären Arbeitsverhältnissen

beschäftigt sein, mit wie vielen Stunden auch immer.

Liebe Anzingerinnen und Anzinger, Weihnachten, sagt man, ist eine besinnliche Zeit. Das stimmt auch, über die Feiertage hat man Zeit, sich Gedanken zu machen. In der Weihnachtsgeschichte lassen einige Beteiligte die Solidarität missen. Machen wir uns also auch darüber Gedanken, wie wir Solidarität im Arbeitsleben verwirklichen können.

Zum Weihnachtsfest und für das neue Jahr 2012 wünsche ich Ihnen persönlich und im Namen der SPD Anzing alles Gute, Gesundheit und Zufriedenheit.

Max Mundigl

Veranstaltungshinweise:

15.01.2012, 11.00 Uhr, Neujahrsempfang der Anzinger SPD im Mehrzweckraum Schwaigerstraße. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

13.05.2012, 15.00 Uhr, „Anzing-Open“, das traditionelle Bouleturnier der Anzinger SPD am Bolzplatz.

14.05.2012, 19.30 Uhr, Jahreshauptversammlung der SPD Anzing.

Atomkraft – Nein Danke!! Windkraft – Ja Bitte!?

Der von Rot/Grün im Juni 2000 vereinbarte Ausstieg aus der Atomkraft wurde im September 2010 von Schwarz/Gelb kassiert, verbunden mit einer Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Dieser Beschluss hatte eine Verfallzeit von gerade einmal neun Monaten, um angesichts der Reaktorkatastrophe in Japan den Ausstieg aus der Atomkraft bis 2020/2021 und einen Einstieg in erneuerbare Energien zu beschließen.

Die erneuerbaren Energien stehen als Energieträger nahezu unendlich zur Verfügung. Im Gegensatz zu den fossilen Energieträgern und Uran. Ihre Nutzung ist klimafreundlich, sicher, sowie umwelt- und ressourcenschonend. Erneuerbare Energien sorgen für mehr Unabhängigkeit von Energieimporten, für mehr Versorgungssicherheit und stärken die heimische Wirtschaft.

Politik der bayerischen Staatsregierung

Energiesparen, hocheffiziente Techniken und der Ausbau der regenerativen Energien lautet der Dreiklang, mit dem Bayern den Abschied von der Atomkraft binnen zehn Jahren schaffen will. „Nur wenn wir alle Potentiale der erneuerbaren Energien ausschöpfen, werden wir den raschen Ausstieg aus der Kernenergie schaffen“, erklärte der damalige Umweltminister Markus Söder.

Bei der Windkraft, die vielen Experten als Zukunftstechnologie schlechthin gilt, will der Freistaat den Anteil der aus Wind gewonnenen Energie von 1% auf 10% erhöhen. Dafür sind bis zu 1.500 neue Windanlagen nötig. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die möglichen Standorte deutlich ausgeweitet werden. Künftig sollen nur noch zehn Prozent der Flächen im Freistaat wie Nationalparks oder EU- Vogelschutzgebiete tabu sein. Bislang beläuft sich der Anteil dieser Flächen auf 37 Prozent. In Zukunft sollen Windanlagen grundsätzlich auch in Staatsforsten oder Naturparks errichtet werden dürfen. „Der Wind ist keine Belastung, sondern eine Chance. Ich empfinde Windräder als eine Bereicherung, weil ich sehe, dass Bayern auf dem Weg zur Energiewende ist“, so Söder.

Grünes Licht für Windkraft im Landkreis Ebersberg

Vor fünf Jahren hat der Landkreis Ebersberg beschlossen bis 2030 von fossilen Energieträgern unabhängig zu werden. Als einen ersten großen Schritt in diese Richtung sollen sechs Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 140 Metern und Rotorblättern von 100 Metern Durchmesser, d.h. mit einer Gesamthöhe von 190 Metern, im Ebersberger Forst errichtet werden.

Da es sich beim Ebersberger Forst um Flächen der Bayerischen Staatsforstverwaltung handelt, könnten die sechs Windkraftanlagen ohne Zustimmung der Gemeinden

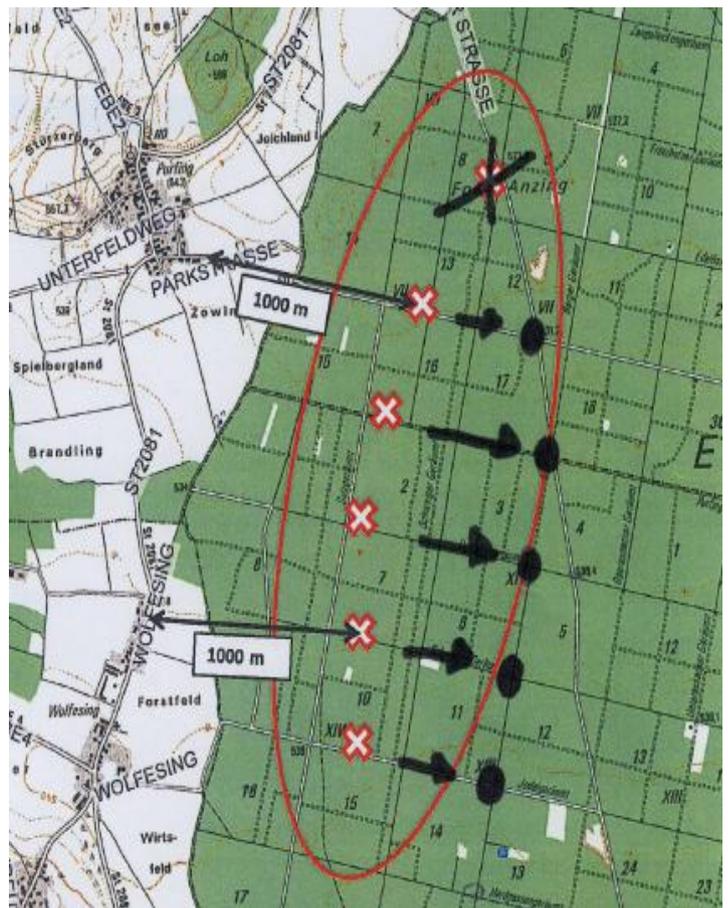
errichtet werden. Die Bayerischen Staatsforsten stimmen allerdings der Aufstellung der Windkraftanlagen nur zu, wenn die drei Anliegergemeinden Anzing, Zorneding und Vaterstetten zustimmen. Damit werden die Gemeinderäte dieser drei Gemeinden zu Recht in Verantwortung genommen.

Im Landkreis wird die Aufstellung der sechs Windräder von Befürwortern und Gegnern seit Monaten heftig diskutiert. Bei zahlreichen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen sowie einer Besichtigungsfahrt haben sich die Standpunkte der beiden Parteien nicht angenähert.

Trotz aller Bedenken vor Schlagschatten, Lärm und Infraschall, der Störung von empfindlichen Tierarten und Biotopen, dem Landschaftsbild und dem Wertverlust von Immobilien, sind auch sie für Windkraft nach dem Motto: **Windkraft ja, aber woanders!!**

Unter diesem Eindruck trafen sich

die Bürgermeister der drei Anliegergemeinden mit Herrn Dr. Heinz Utschig vom Bayerischen Staats-



forst und Klimaschutzmanager Hans Gröbmayer, um einen Kompromiss zu finden: In einer gemeinsamen Erklärung sprechen sich Robert Niedergesäß (Vaterstetten), Piet Mayr (Zorneding) und Franz Finauer (Anzing) dafür aus, die Zahl der Windräder von sechs auf fünf zu reduzieren und den Mindestabstand zu den nächsten Wohnhäusern von 1000 auf 1500 Meter zu vergrößern. Die Reduzierung der Windräder von sechs auf fünf Anlagen resultiert auch daraus, dass ansonsten

kein Abstand von 1500 Metern zu Anzing herstellbar wäre.

Dieser Kompromiss stellt einen vernünftigen Ausgleich zwischen Klimaschutz, Naturschutz und dem Schutz der dort lebenden Menschen dar und wird von allen Beteiligten voraussichtlich mitgetragen werden.

Wie geht's weiter?

Nach der Zustimmung der drei Gemeinden wird ein Messmast, der die Windverhältnisse ein Jahr lang aufzeichnet, errichtet. Die Daten werden von unabhängigen Gutachtern ausgewertet und auch dem Landratsamt zur Verfügung stehen. Anschließend wird an Hand dieser Ergebnisse endgültig entschieden, ob die Windräder aufgestellt werden. Im Baugenehmigungsverfahren werden die Vorgaben des Immissions- und Naturschutzes durch Gutachten geprüft.



Aber wie auch immer. Man sollte in Deutschland vielleicht einmal verstehen, dass man nicht gegen Atomkraft, für die Umwelt und gegen erneuerbare Energien gleichzeitig sein kann. Wenn man auf erneuerbare Energien umsteigen will, muss man sie auch vor der eigenen Haustür wollen.

Reinhardt Friedrich

Verkehrsberuhigung – endlich !!

Für alle sichtbar wird seit geraumer Zeit an der Straße durch das neue Gewerbegebiet im Norden von Anzing gebaut. Diese Straße wird den Verkehr Richtung Poing so ableiten, dass Anzing vom Durchgangsverkehr mit Zielrichtung Poing freigehalten wird und insbesondere der sensible Schul- und Kindergartenbereich entlastet wird.

Die Idee zu dieser Straße ist schon alt und nicht erst mit den Gewerbebauten von Lidl und Lutz entstanden.

Schon 1984 hat der damalige SPD – Gemeinderat Hermund Göttner in einem Antrag an die Gemeinde die Verlegung der Kreisstraße Anzing - Poing nach Norden, parallel zur A 94 gefordert. Er begründete dies mit dem weiteren Anwachsen von Anzing wie auch der umliegenden Gemeinden Poing, Forstinning, Markt Schwaben, und dem damit verbunden höheren Verkehrsaufkommen. Seine Sorge galt auch der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer im Bereich Schule, Kindergarten, Rathaus, Pfarrheim und Kirche.

Der damalige Schulleiter der Grundschule, Herr Otto Thoma, hat in einem Schreiben an die Gemeinde eine Verlegung der Straße befürwortet, auch wegen der Reduzierung des Verkehrslärms im Schulbereich. Unterstützung fand der Vorschlag Hermund Göttners auch beim Elternbeirat.

In der Sitzung im Dezember 1984 hat allerdings der Anzinger Gemeinderat die Verlegung der Straße abgelehnt wie später auch der Landkreis. Begründet wurde das mit der möglichen Blendwirkung für den Verkehr auf der A 94. Auch landwirtschaftliche Betriebe nördlich von Anzing befürchteten in der Verlegung der Kreisstraße einen Verlust ihrer landwirtschaftlich genutzten Fläche und damit eine Existenzgefährdung.



Dass nun nach über 20 Jahren nach Hermund Göttners Vorstoß eine neue Straße durch das Gewerbegebiet verwirklicht und damit das nördliche Anzing entlasten wird, mag ihn mit Genugtuung erfüllen. Aber das Wichtigste bleibt wohl, dass der Schul- und Kindergartenbereich und der Bereich um den neu gestalteten Rathausvorplatz verkehrsberuhigt und damit sicherer für alle Verkehrsteilnehmer werden können.

Ingrid Lippmann-Friedrich

Impressum:

Anzinger Post,
Zeitung des SPD-Ortsvereins Anzing
email: anzinger.post@vr-web.de
Druck: Druckwerk, 80336 München
V.i.S.d.P.: Ernst Caspersen,
Parkstr. 37, 85646 Anzing